

## Was sich ändern muss

Das Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk in Deutschland fordert dringend Reformen, um wieder mehr Freiräume für wirtschaftliches Handeln zu haben und dem Nachwuchs eine Zukunft zu bieten.

### Unsere aktuell wichtigsten Forderungen sind:

#### 1. Förderung der Aus- und Weiterbildung im Handwerk

- 1.1 Einführung einer Altersgrenze von 30 Jahren im geplanten **Berufsvalidierungs- und Digitalisierungsgesetz** sowie Überarbeitung der angedachten Validierungsinhalte (Prüfung muss auch schriftlich erfolgen, es sollen nur die Gesellenprüfungsausschüsse des jeweiligen Handwerks prüfen, nachweisliche Prüfung aller Inhalte der Ausbildungsordnung).
- 1.2 Einführung einer **bundesweiten Meisterprämie** zur Schließung der Finanzierungslücke bei der Meisterausbildung nach dem Vorbild Bayerns und Hessens.
- 1.3 Bundesweit durchgängige **Übernahme der Fahrt- und Übernachtungskosten** durch die Länder während des auswärtigen Berufsschulunterrichts in Splitterberufen.
- 1.4 Bundesweite Einführung von verpflichtenden drei Praktikumswochen, wobei mindestens eine Woche in einem Handwerksbetrieb zu leisten ist.

#### 2. Umsetzung der zugesagten **Abschaffung der vorfristigen Abgabe der Sozialversicherungsbeiträge.**

#### 3. **Senkung der Steuerabgabelast für Unternehmen**

Viele Mittelständler in Deutschland sind einkommensteuerpflichtig – mit fast 50% (inklusive Solidaritätszuschlag) ist der Spitzensatz der Einkommensteuer hierzulande höher als in vielen anderen europäischen Staaten.

#### 4. **Wiedereinführung der Investitionszulage**

#### 5. **Vereinheitlichung der Bauordnungen in Deutschland**

Regionale Abweichungen auf ein Minimum beschränken, um Bürokratie- und Planungsaufwand für die Firmen zu reduzieren.





## 6. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Kleine Handwerksunternehmen bis zu 20 Mitarbeitern müssen von der Nachweispflicht auch als Zulieferer für Großunternehmen entbunden werden.

## 7. Zügige Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und verpflichtende Einführung von Systemen nach dem „Einer-für-Alle“-Prinzip (EFA) bei Kommunen, Kreis- und Landesbehörden.

## 8. Bürokratie abbauen - Verwaltungsvorschriften zeitlich befristen

Viele Verwaltungsvorschriften entstehen bei Bedarf, werden aber keiner automatischen Revision unterzogen. Der Katalog an Verwaltungsvorschriften wird immer umfangreicher, obwohl viele keine Relevanz mehr haben. Daher soll zukünftig jede Verwaltungsvorschrift zeitlich befristet werden. Kurz bevor die Frist abläuft, findet eine Überprüfung statt, ob die Vorschrift weiter verlängert wird.

## 9. Höhe und Grundsätze des Bürgergeldes auf den Prüfstand stellen

Anreize für Schwarzarbeit minimieren. Differenz zwischen Bürgergeld plus Minijob muss sich im Vergleich zu sozialabgabepflichtigen Arbeitsverhältnissen deutlich erhöhen. Eine Spirale immer weiter steigender Lohnerhöhungen und eine damit steigende Inflationsgefahr kann aus Sicht des Steinmetzhandwerks keine zukunftsfähige Entwicklung sein.

## 10. Keine Wettbewerbsverzerrung im Friedhofswesen. Erhaltung des immateriellen Erbes Friedhofskultur <https://kulturerbe-friedhof.de/>

Private Anbieter von Bestattungswäldern und alternativen Bestattungsmethoden dürfen nicht über die Bestattungsgesetze legitimiert werden. Erhaltung der öffentlichen und kirchlichen Trägerschaft von Friedhöfen.

Frankfurt, 06. Mai 2024



**NATUR  
STEIN**

Jedes Stück ein Unikat  
[naturstein-unikat.de](https://naturstein-unikat.de)